

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

SPD-Fraktion

Beschlussantrag

zur Behandlung in öffentlicher Sitzung nichtöffentlicher Sitzung

Beschlussgegenstand: **Zukunftsorientierte Seniorenpolitik in Brandenburg an der Havel**

Beratungsfolge:

<input checked="" type="checkbox"/>	17.04.2014 Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	<input type="checkbox"/>	Rechnungsprüfungsausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	10.04.2014 Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen	<input type="checkbox"/>	Jugendhilfeausschuss
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben	<input type="checkbox"/>	Werksausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	09.04.2014 Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen		
<input checked="" type="checkbox"/>	16.04.2014 Ausschuss für Stadtentwicklung		
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften		
<input checked="" type="checkbox"/>	22.04.2014 Hauptausschuss		
<input checked="" type="checkbox"/>	30.04.2014 Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den in der Anlage beigefügten Rahmenplan für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik in Brandenburg an der Havel.

Bl. HC
Fraktionsvorsitzende

Rahmenplan für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik der Stadt Brandenburg an der Havel

Gliederung:	Seite
Vorwort	2
1. Das Leitbild	2
2. Rahmenbedingungen	3
2.1. Soziografische Entwicklungen	3
2.2. Defizite aufdecken	3
2.3. Ressourcen nutzen	4
3. Inhaltliche Ziele des Rahmenplans	5
3.1. Wohnen, Wohnumfeld und Dienste	5
3.1.1 Wohnen	5
3.1.2 Barrierefreies und seniorengerechtes Wohnumfeld	6
3.1.3 Sicherheit	6
3.1.4 Verkehr	6
3.1.5 Wirtschaft und Handel	6
3.1.6 Mobile Dienste	6
3.2. Bildung, Teilhabe und Kommunikation	7
3.2.1 Bildung	7
3.2.2 Angebote zum Engagement	7
3.2.3 Internet	7
3.2.4 Kultur	8
3.2.5 Tourismus	8
3.2.6 Sport	8
3.3. Gesundheit, Hilfe und Pflege	8
3.3.1 Gesundheit	8
3.3.2 Demenz	8
3.3.3 Selbsthilfegruppen	9
3.3.4 Pflege	9
4. Strukturelle Maßnahmen	9
4.1 Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe	9
4.2 Demografiebericht	10
4.3 Städtischer Pflegestützpunkt	10
4.4 Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg	10
4.5 Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen	10

Vorwort

Brandenburg ist historisch die älteste Stadt im Land und hat den höchsten Anteil älterer Menschen. Der Altersdurchschnitt liegt bei über 47, deutschlandweit liegt er bei 44,3 Jahren. Ein Drittel ihrer Bewohner sind über 60 Jahre alt. In unserer Stadt leben heute 3.800 über 80-Jährige, 2030 werden es voraussichtlich 6.500 sein, also 10 % der Einwohner.

Aber unsere Stadt muss nicht ‚alt aussehen‘. Unter dem Motto „*Wir sind die Stadt für alle Generationen*“ dürfen wir nicht zugelassen, dass Gräben zwischen den Generationen entstehen. Jede Generation muss in unserer Heimatstadt die gleiche Wertschätzung genießen, keine darf ‚abgehängt‘ werden - weder Kinder, Jugendlichen und jungen Familien, noch Seniorinnen und Senioren. Wir müssen den demografischen Wandel als Chance wahrnehmen. Dafür bedarf es eines großen bürger-schaftlichen Engagements.

Es ist erfreulich, dass in unserer Stadt immer mehr Menschen alt werden. Wer heute in Rente geht, kann mit weiteren 20 Lebensjahren rechnen. Für diese Lebensphase entsteht ein völlig neues Leitbild. Der Wunsch und Wille zur neuen Selbstverwirklichung im Alter wird immer ausgeprägter. Schon jetzt engagieren sich viele ältere Menschen helfend in der Nachbarschaft und stabilisieren somit den bürger-schaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt. Sie arbeiten ehrenamtlich in den Vereinen und politischen Organisationen. Sie helfen ihren Altersgenossen bei der Bewältigung der Alltagsprobleme und bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Sie sind eine wichtige Stütze unserer Bürgergesellschaft. Sie stellen einen Großteil der Ehrenamtler, die in unserer Stadt mit ihren freiwilligen Leistungen jährlich einen volkswirtschaftlichen Mehrwert von schätzungsweise 12 Mio. EURO erzeugen.

Seniorenpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Darauf zielt der „*Rahmenplan für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik der Stadt Brandenburg an der Havel*“. Er ist durch die AG SPD 60 plus in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg und Fachleuten der Seniorenanarbeit erarbeitete worden. Er soll Richtschnur für die Seniorenpolitik unserer Stadt sein, damit wir stolz sagen können: „*Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen*.“

Brandenburg, 26. März 2014

1. Das Leitbild

Stadtverwaltung, Bürgerschaft und Wirtschaft haben gemeinsam die Aufgabe, kreativ und engagiert mit den Folgen des demografischen Wandels umzugehen. Dabei sollen sie sich am **Leitbild einer solidarischen Stadt** orientieren, das durch zwei Kernpunkte gekennzeichnet ist:

Partizipation

- Alle öffentlichen Räume werden den Seniorinnen und Senioren zugänglich und sicher gestaltet. Bauliche und technische Hindernisse werden beseitigt.
- Alle Generationen genießen gleichermaßen öffentliche Wertschätzung. Vorurteile und Diskriminierungen werden abgebaut.
- Alle Bevölkerungsgruppen erhalten die Möglichkeit, sich am öffentlichen Leben und an den kommunalen Entscheidungen zu beteiligen (Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt).
- Alle strukturellen Hindernisse, die der Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, Bildung, Kultur, Freizeitgestaltung, Geselligkeit und Gesundheitsvorsorge entgegen stehen, werden überwunden.

Generationensolidarität

- Das gemeinsame Wirken von Jung und Alt dient der nachhaltigen Entwicklung einer solidarischen Stadtgesellschaft.
- Zum gegenseitigen Nutzen werden die unterschiedlichen Stärken der jeweiligen Generation eingesetzt.

Möglichst viele Akteure sind an der Gestaltung einer generationensolidarischen und barrierefreien Stadt zu beteiligen.

2. Rahmenbedingungen

2.1. Soziografische Entwicklungen

- In der Stadt Brandenburg steigt der Anteil der über 65-Jährigen von 26,7 % im Jahr 2012 auf über 34,3 % im Jahr 2030. Dies geschieht - obwohl bis 2030 die Zahl der über 65-Jährigen nur um 3.600 auf 22.800 zunimmt - da die Einwohnerzahl auf 62.800 sinkt.
- Der Anteil der Hochbetagten (über 80-Jährige) wächst von heute 5,3 % bis 2030 auf 10 %, d.h. 2030 wird jeder zehnte Bewohner in unserer Stadt über 80 Jahre alt sein.
- Die Einbindung älterer Menschen in die Familien geht zurück. Immer mehr leben in Eipersonenhaushalte.
- Während heute noch die meisten Rentner über genügend Kaufkraft verfügen, werden infolge gebrochener Erwerbsbiografien, Niedriglöhnen, Minijobs und geminderter Leistungen der Rentenversicherung die Altersrenten immer schmäler. Der Anteil der Altersarmen wird von gegenwärtig 2% in den kommenden 10 Jahren auf 6 % der Rentenempfänger steigen.
- Mit dem steigenden Anteil Hochbetagter wächst die Zahl chronisch Kranker und Pflegebedürftiger.

2.2 Defizite aufdecken

Um in Brandenburg dem Idealbild einer generationensolidarischen Stadt näherzukommen, sind zahlreiche Hindernisse zu beseitigen bzw. zu überwinden.

- Viele Menschen leiden mit dem Älterwerden unter Mobilitätsproblemen. Trotz erfreulicher Verbesserungen ist der öffentliche Raum längst noch nicht barrierefrei.
- Viele ältere Menschen spüren beim Betreten von Parkanlagen und Friedhöfen, Bahnhöfen und „finsternen Ecken“ schon tagsüber Angst. Nach Einbruch der Dunkelheit fürchten sie sich, allein auf die Straße zu gehen. Dies ist keine altersbedingte Ängstlichkeit, sondern sie ist real begründet: Brandenburg a. d. H. gehört bundesweit zu den Städten mit der höchsten Kriminalitätsrate (2007: 13.194 Straftaten pro 100.000 Einwohner; Bundesdurchschnitt 6.786). **Trotz präventiver Maßnahmen lässt die öffentliche Sicherheit noch zu wünschen übrig.**
- In Brandenburg gibt es viele Angebote für Senioren: Mittagstische, Begegnungsstätten, Seniorentanz und Computercafes, Tages- und Kurzzeitpflege und Pflegeheime: **Trotzdem bestehen in einigen Stadtteilen noch Defizite.**
- In unserer Stadt findet die notwendige Demenz-Frühdiagnostik noch zu selten statt. Die Hilfsangebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen sind auszubauen.
- Die professionellen Versorgungssysteme stehen zunehmend vor finanziellen Schwierigkeiten. Durch geeignete Maßnahmen (z. B. Gesundheitsförderung, Prävention, Schulung pflegender Angehöriger, spezielle Ausstattung der Wohnung) könnte die Notwendigkeit, professionelle pflegerische und medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen, vermieden bzw. hinausgezögert werden.

2.3 Ressourcen nutzen

Im Zentrum einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik stehen die Förderung von Alterskompetenzen, die Verbesserung der Angebotsstrukturen und Rahmenbedingungen sowie die erweiterten Angebote zur Vermeidung und zur Kompensation von Altersgefährdungen.

Je nach Geschlecht und Gesundheitszustand, Einkommen und sozialem Status, Bildung und Kultur, sozialer Einbindung und gesellschaftlicher Aktivität bedeutet Altsein sehr Verschiedenes. **Doch Alle wünschen sich ein Altern mit größtmöglicher Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit.** Alte Menschen sind heutzutage eher bereit, Neues auszuprobieren und Gewohntes zu überdenken. Auch bei Schwächung ihrer Fähigkeiten wollen sie über ihre Lebensumstände selbst bestimmen.

Diesem Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben muss die Seniorenarbeit gerecht werde.

Für ältere Menschen ist die wohnortnahe, ihren Bedürfnissen entsprechende Infrastruktur wichtig. Je mehr die Stadt Brandenburg generationensolidarisch und barrierefrei gestaltet wird sowie altersgerechte Wohnungen und Dienstleistungen angeboten werden, um so besser geht es den hier lebenden älteren Menschen, um so größer ist die Attraktivität der Stadt Brandenburg für das Umland, um so verlockender ist es für manche, die nach der Wende der Arbeit wegen in den Westen abwanderten, als Rentner in ihre alte Heimat zurückzukehren.

Damit sich in unserer Stadt eine **Bürgergesellschaft** entwickelt, in der die Bürger nicht nur ihre Rechte beanspruchen, sondern auch bereit sind, Pflichten zu übernehmen, dürfen **Seniorinnen und Senioren** nicht Objekte von Politik und Wirtschaft sein, sondern sie müssen zu **Mitgestaltern der kommunalen Verhältnisse werden. Es geht um Partizipation**, um die Beantwortung der Fragen:

- „Was können Seniorinnen und Senioren für Brandenburg tun?“
- „Was kann die Stadt für ihre älteren Menschen leisten?“

Die heutige Seniorengeneration besitzt viel Erfahrungswissen und Kompetenz. Sie bildet den Kern der politisch Aktiven und Ehrenamtlichen. Sie ist gebildeter, aktiver und älter später als zu früherer Zeit. Diese Ressourcen muss die Stadt nutzen. Schon jetzt engagieren sich Seniorinnen und Senioren ehrenamtlich in Sport- und Kulturvereinen, karitativen und sozialen Organisationen, Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen. Dabei zielt ein Großteil ihrer Ehrenamtsarbeit auf ihre Altersgenossinnen und -genossen. Schon jetzt bestehen vielfältige soziale Netzwerke zugunsten der Älteren und Hilfsbedürftigen. Deren **wichtigster Knotenpunkt ist der Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg.** Dessen Ziel ist, die **Seniorenarbeit** in der Stadt Brandenburg zu optimieren.

Aber auch andere Ressourcen sind zu nutzen. So sollte z. B. eine **projektbezogene Zusammenarbeit** mit der *Fachhochschule Brandenburg* (Nutzung der Medizininformatik für ältere Menschen) und mit der *Fachhochschule Potsdam* (Sozialmanagement und „Soziale Gerontologie“) gesucht werden.

Die Einwohnerzahl der Stadt Brandenburg sinkt. Somit werden Gebäude frei und es wird möglich, neue **Wohnprojekte zu schaffen**, in denen auch ältere Menschen mit gesundheitlich bedingten Einschränkungen selbstständig leben können. Kooperationen mit der örtlichen Wohnungswirtschaft bieten hierzu Chancen.

Handwerk, Handel, Dienstleister und Wohlfahrtsverbände können neue Märkte erschließen: durch barrierefreie altersgerechte Gestaltung der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Kaufhallen; durch neuartige Dienstleistungen für ältere Menschen; durch wohnortnahe Begegnungsstätten.

Die meisten Pflegebedürftigen in unserer Stadt werden zu Hause durch Angehörige und freiwillige Helfer umsorgt. Diese Unterstützung gerät - nicht zuletzt auch wegen der Überalterung unserer Kommune - an Kapazitätsgrenzen. Professionelle Angebote werden mehr und mehr beansprucht.

3. Inhaltliche Ziele des Rahmenplans

3.1. Wohnen und Wohnumfeld

3.1.1 Wohnen

Die Wohnungen sind den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechend zu gestalten. Hier leistete die städtische Wohnungsgesellschaft WOBRA Pionierarbeit. Auch die Angebote der WBG, der „Wohnungsgenossenschaft EINHEIT“ und der „Baugenossenschaft Kirchmöser“ sind Spitze. Trotzdem muss die Stadtverwaltung weiterhin die Wohnungswirtschaft animieren, mit intelligenten Angeboten dem Wunsch der älteren und alten Menschen - solange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt wohnen zu wollen - zu entsprechen. Dies muss im Blickpunkt des zukünftigen Wohnungsumbaus und der Stadtquartierentwicklung stehen – ebenso wie die Nachfrage nach seniorengerechten Einzelwohnungen, Wohngruppen und Wohngemeinschaften, „Betreutem Wohnen“ sowie Pflege- und Seniorenheimen.

„Normales Wohnen“ und Seniorenwohnen im Bestand umfasst das Wohnen zur Miete genauso wie das Wohnen im Eigentum. Indem „normaler“ Wohnraum auf den differenzierten Bedarf älterer Menschen zugeschnitten und ggf. umgebaut wird, kann deren Verbleib im gewohnten Wohnumfeld erreicht werden. Hierzu müssen die Wohnungen barrierefrei zu erreichen sein. Wohnungseigentümer sollten also frühzeitig über Nachrüstungen oder Umbauarbeiten nachdenken, um die Mieter auch bei zunehmendem Alter halten zu können und eine langfristige Vermietung ihres Eigentums zu erreichen.

Für die Seniorinnen und Senioren mit Wohnungen, die nicht mehr ihren Bedürfnissen entsprechen, sollten seitens der Stadt bzw. der Wohnungswirtschaft Beratungen zur Wohnraumanpassung angeboten werden. Gleiches gilt für Maßnahmen zur Erhöhung der Wohnungssicherheit mittels technischer Hilfsmittel.

Gemeinschaftliches Wohnen

Die Großfamilien, in der mehrere Generationen zusammenleben, sind heute die Ausnahme. Doch nicht wenige Menschen wollen im Alter ihre Lebensvorstellungen verwirklichen und ihre Lebenserfahrungen in eine Gemeinschaft einbringen. Um neue Formen zu finden, die den Kontakt zwischen den Menschen und die gegenseitige Unterstützung fördern, ist Eigeninitiative gefragt. Bundesweit gibt es viele Beispiele, wie das gemeinschaftliche Wohnen gelingen kann.

Wohnanlagen für Senioren

Ältere Menschen mit körperlichen oder auch geistigen Einschränkungen (Handicaps) möchten zwar barrierefrei wohnen, vorzugsweise aber in einer von ihnen frei gewählten Wohnung - am liebsten in der Gegend, in der sie in jüngeren Jahren gelebt haben. Mehrgenerationenhäuser sind gefragt. Des ungeachtet besteht weiterhin eine Nachfrage nach dem Wohnen in „Seniorenanlagen“. Daher sollte die Stadtverwaltung potentielle Bauherren beim Finden geeigneter Liegenschaften unterstützen.

Betreutes Wohnen

In dieser Wohnform werden den älteren Menschen mit der gemieteten Wohnung verschiedene Serviceleistungen als Grund- und Wahlleistungen angeboten. Häufig ist ein ambulanter Pflegedienst im Haus integriert. So können bei Pflegebedürftigkeit Hochbetagte ihr Leben in eigener Häuslichkeit gestalten.

3.1.2 Barrierefreies und seniorengerechtes Wohnumfeld

Ein barrierefrei gestalteter öffentlicher Raum ist eine wichtige Voraussetzung für die selbstbestimmte Teilnahme behinderter und älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben. Barrierefreiheit nutzt allen. Wer in seiner Mobilität eingeschränkt ist, wird durch Hindernisse im öffentlichen Raum beeinträchtigt. Durch **Barrierefreiheit gewinnen** die Betroffenen wieder **Bewegungsfreiheit**. Ziel muss es daher sein, dass insbesondere beim Neubau von Straßen und Gehwegen oder beim grundhaften Ausbau vorhandener Straßen und Gehwege in unserer Stadt die Planungen so erfolgen, dass diese Bereiche nach Umsetzung der Baumaßnahmen barrierefrei sind. Private Bauherren, Architekten und Planer, Betriebe, Unternehmen und Eigentümer sind aufzufordern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Abbau von Barrieren zu beteiligen. Hier kommt der Bauverwaltung eine wichtige Beratungsfunktion zu.

Für ältere Menschen sollten **in naher Umgebung Einkaufsmöglichkeiten** für den täglichen Bedarf, **Dienstleistungsangebote** und **Begegnungsstätten** erreichbar sein, da mit dem Altern die Fahrtüchtigkeit schwindet und - finanziell bedingt - die Zahl älterer Menschen ohne Auto zunimmt.

3.1.3 Sicherheit

Wer ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen will, muss sich auch außerhalb der Wohnung sicher bewegen können. Deshalb sind die polizeilichen und städtischen Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention und -bekämpfung zu verbessern sowie Präventionsprojekte, wie ‚Aufmerksame Nachbarschaft‘, zu initiieren. Bei stadtplanerischen und baulichen Maßnahmen sind die Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen.

3.1.4 Verkehr

Die Zahl der Älteren und der Hochbetagten wächst. Deren Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Ereignissen setzen voraus, dass sie sich möglichst frei, sicher und autark in ihrer Umgebung bewegen können.

Dem dienen unkompliziert nutzbare und altersgerechte ÖPNV-Angebote. Hierzu zählen:

- zeitlich flexible Angebote zu Geschäfts- und Marktöffnungszeiten, für Arztbesuche und zu Abendaktivitäten,
- räumlich flexible Angebote zum nächsten Laden (Grundversorgung), ins nächste Zentrum, zum Arzt bzw. Krankenhaus,
- verkehrssichere Angebote, wie z. B. sichere Zu- und Abgangswege zu den Haltestellen und bequeme Ein- und Ausstiege in Fahrzeuge sowie Begleit-Service,
- barrierefreie Angebote (Haltestellen, Fahrzeuge, Bereitstellen von Informationen für Menschen mit unterschiedlicher Behinderung im Sehen, Hören u.a.)

Die städtische **Verkehrsplanung** muss die Belange älterer Menschen beachten: Erreichbarkeit infrastrukturelle Einrichtungen, Orientierungshilfen, Querungshilfen, Bordsteinabsenkungen, Sicherheit gegen hohe Geschwindigkeiten etc..

3.1.5 Wirtschaft und Handel

Alte sind nicht nur älter gewordene Menschen, sondern zugleich auch ‚die alten geblieben‘. Daher sind die speziellen Bedürfnisse älterer Menschen und deren differenzierte Lebensstile zu beachten. Die Wirtschaft muss sich auf eine älter werdende Gesellschaft mit veränderter Nachfrage einstellen. Die Angebote altengerechter Produkte und spezieller Dienstleistungen bieten neue Geschäftsfelder. Insbesondere der **Einzelhandel** ist zu sensibilisieren, seine Waren in Verpackung, Beschriftung und Darbietung altengerecht zu präsentieren und ältere Kunden qualifiziert zu beraten.

3.1.6 Mobile Dienste

Dienste wie Hausnotruf, Pflege, Essen auf Rädern, Reinigung, Einkaufs- und Begleithilfen, ermöglichen ebenso wie eletronische Steuerungstechniken in der Wohnumgebung und technische Aktivierungs- und Kommunikationshilfen auch im höheren Alter ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Diese Dienstleistungen und Produkte müssen von älteren Menschen problemlos unter Berücksichtigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse genutzt werden können. Die Dienstleister müssen lernen, mit älteren Menschen umzugehen, ihre die Angebote auf den jeweiligen individuellen Bedarf zuzuschneiden und möglichst aus einer Hand anzubieten. Branchennetzwerke könnten den Zugang zu den Diensten erleichtern.

3.2 Bildung, Teilhabe und Kommunikation

3.2.1 Bildung

Das Alter ist durch große **Umbrüche** gekennzeichnet, die von den älteren Menschen erhebliche Anpassungsleistungen erfordern:

- die Auseinandersetzung mit dem propagierten Jugendlichkeitsideal und die Bewältigung eigener Einschränkungen,
- das Ausscheiden aus dem Berufsleben und die Verkleinerung des Haushaltes,
- die Anpassung an technische Neuerungen, neue Kommunikationsstile, Umgangsweisen, Konsummöglichkeiten und andere Herausforderungen,
- die Entdeckung neuer Aufgaben und Verantwortungsbereiche,
- die Erschließung der neuen, bis zu 30 Jahre lang dauernden Lebensphase,
- schließlich das Abschiednehmen von Freundinnen und Freunden, Partnerinnen und Partnern und die Auseinandersetzung mit der eigenen Sterblichkeit.

Status und Gesundheit älterer Menschen wird wesentlich durch das Gelingen dieser Anpassungsleistungen beeinflusst. **Daher ist Lernen und Bildung auch im Alter notwendig.**

Unsere Stadt bietet ein breites Spektrum an Bildungsmöglichkeiten (Büchereien; Volkshochschule; Bildungsangebote der Kirchen und des Gesundheitswesens; die Fachhochschule). Diese Einrichtungen sind hinsichtlich ihrer Zugänglichkeit zu überprüfen. Barrieren, welche die Teilnahme älterer Menschen behindern, sind zu beseitigen.

Zwischen Bildung und bürgerschaftlichem Engagement besteht ein wechselseitiger Zusammenhang: Wird älteren Menschen mehr Einfluss auf die Gestaltung ihres Wohnumfeldes bzw. auf kommunale Entscheidungen ermöglicht, so regt dies ihr Bildungsinteresse an. Andererseits befähigt Weiterbildung Seniorinnen und Senioren zu mehr Eigeninitiative und zur vermehrten Teilhabe an öffentlichen Belangen. Sie fördert die Begegnung der Generationen.

Bildungsmaßnahmen dienen der **Kompetenzerweiterung für nachberufliches, gesellschaftlich wichtiges Engagement** in sozialen Einrichtungen, in Kirchengemeinden, im Gesundheitswesen, im Stadtteil, im ökologischen Bereich, in Initiativen oder in selbst organisierten Projekten.

3.2.2 Angebote zum Engagement

Heutzutage sind Seniorinnen und Senioren aktiv und engagieren sich. Sie sind als Akteure für Stadtentwicklung und ‚Lebensqualität vor Ort‘ zu entdecken. Die Infrastruktureinrichtungen sind für die Mitarbeit der ‚ehrenamtlichen‘ Alten zu öffnen (Aufbau kommunaler Kooperationsstrukturen, Netzwerke). Dabei gilt es, das Ehrenamt mit der im vorherigen Berufsleben erworbenen Professionalität zu verknüpfen.

3.2.3 Internet

Multimediale und interaktive Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen mehr Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben. Computer-Kurse und Internet-Cafés eröffnen älteren Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu modernen Kommunikationswegen. Die Stadt Brandenburg sollte eine Initiative ‚Fit im Kopf durchs Internet‘ starten, um älteren Menschen mit eingeschränkter Mobilität per Computer den Zugang zur weiten Welt zu ermöglichen und so auch die ohne Internet lahmende Kommunikation mit den jüngeren Familienmitgliedern zu fördern.

3.2.4 Kultur

Die vielfältigen kulturellen Angebote durch das Brandenburger Theater, die Kirchengemeinden, die Stadtbibliothek, die städtischen Musikschulen und die Museen müssen erhalten und immer wieder neu durch Angebote für Seniorinnen und Senioren bereichert werden. So eröffnen sich für die öffentlichen Kultureinrichtungen ebenso wie für die Kultur- und Freizeitwirtschaft neue ‚Geschäftsfelder‘.

3.2.5 Tourismus

Zum seniorenfreundlichen Image unserer Stadt zählt der Ausbau touristischer Angebote und Attraktionen auch für ältere Menschen. Auch der ‚Nah-Tourismus‘ lebt von den ‚Grauhaarigen‘. Wir sehen sie täglich in der Innenstadt. Diese Angebote müssen barrierefrei zugänglich sein.

Gleichzeitig bietet der ‚Tourismus 60plus‘ auch für Seniorinnen und Senioren neue Tätigkeitsfelder.

3.2.6 Sport

Sport dient der gesundheitlichen Prävention und der Rehabilitation. Er trägt zur Vermeidung von Vereinsamung und Isolation bei. Er steigert das Selbstwertgefühl älterer Menschen. Um die Zahl älterer Sporttreibender zu erhöhen, sollten die Sportvereine noch mehr altersspezifische Interessen berücksichtigen. Wohnortnahe Sportangebote - wie moderates Muskelaufbau- und Ausdauertraining, Sitzgymnastik, Entspannungstechniken und Bewegungsspiele - sind anzubieten.

Ältere Menschen, die ohne Verein in einer privat organisierten Gruppe Sport treiben wollen, sollten öffentliche Sportstätten nutzen dürfen. Ebenso sollten Schulen und Kindergärten, wenn sie zeitweise nicht für ihre eigentlichen Zwecke belegt sind,

von Seniorinnen und Senioren genutzt werden dürfen. „Familienspielplätze“ für gymnastische Übungen oder Spiele wie Boccia würden großen Anklang finden.

3.3 Gesundheit, Hilfe und Pflege

3.3.1 Gesundheit

Die Stadt Brandenburg steht vor der Herausforderung, ältere Menschen zu motivieren, die vorhandenen Präventionspotenziale besser zu nutzen. Gesunde Lebensführung verhindert Erkrankungen und beeinflusst Krankheitsverläufe positiv. Gezielte Programme der Ernährungsberatung bzw. für eine gesunde Lebensführung tragen dazu bei, die soziale und gesundheitliche Situation älterer Menschen zu verbessern, die Lebensqualität im Alter zu steigern und die Aufwendungen des Gesundheitswesens zu senken. Hierzu gibt es in der Stadt Brandenburg schon viele Angebote der Ärzteschaft, der Krankenkassen und der Weiterbildungseinrichtungen.

Mit der Hochaltrigkeit steigt in unserer Stadt die Zahl der Unterstützungs- und Pflegebedürftigen. Funktionseinschränkungen - insbesondere Herz-Kreislauf-Erkrankungen - nehmen zu. Zu deren Prävention sind gezielte Aufklärungskampagnen zu starten. Gemeinsam mit den Krankenkassen sollten Projekte initiiert werden, wie durch präventive Hausbesuche durch Pflegekräfte Pflegebedürftigkeit vorgebeugt und rechtzeitig erkannt werden kann.

3.3.2 Demenz

Das Demenz-Risiko steigt mit zunehmendem Alter. So leidet im Alter zwischen 65 und 69 Jahren jeder Zwanzigste, zwischen 70 bis 75 Jahren jeder Zehnte und zwischen 80 und 90 Jahren schon fast jeder Vierte an einer Demenz. Rechnet man diese Durchschnittswerte auf die Stadt Brandenburg hoch, so dürften gegenwärtig mehr als 1.500 Personen dement sein, in 10 Jahren vermutlich 2.500.

In Brandenburg an der Havel gibt es mehrere Wohngemeinschaften „Betreutes Wohnen für Menschen mit Demenz“ und Pflegedienste, die sich um Demenzerkrankte kümmern. Die im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof befindliche „**Beratungsstelle für Pflege und Demenz**“, bietet Dementen und deren Angehörigen kompetente Beratung, Unterstützung und Hilfe. Sie organisiert auch eine Selbsthilfegruppe für die Angehörigen Demenzkranker.

Angesichts der steigenden Zahl der Demenzerkrankungen und der damit verbundenen speziellen Probleme sollte die öffentliche Aufklärung über die unterschiedlichen Krankheitsbilder verstärkt und die Angehörigen und Betroffenen ermutigt werden, professionelle Hilfe bzw. die Leistungen des Pflegestützpunktes in Anspruch zu nehmen.

3.3.3 Selbsthilfegruppen

In Brandenburg an der Havel gibt es zur Zeit ca. 30 Selbsthilfegruppen mit den unterschiedlichsten Themen- und Problembereichen. Durch die Selbsthilfegruppen werden in unserer Stadt mehrere hundert Menschen direkt erreicht. Die Brandenburger Informations- und Kontaktstelle für Selbsthilfe (BIKS) ist der Dreh- und Angelpunkt für die Selbsthilfegruppenarbeit. Die BIKS berät und informiert, unterstützt die Gründung neuer Selbsthilfegruppen, vermittelt Kontakte zu bestehenden Gruppen, begleitet Gruppen in organisatorischen und inhaltlichen Fragen sowie bei der Öffentlichkeitsarbeit. Sie vermittelt Kontakte zu Fachleuten und kooperiert mit anderen Institutionen und Diensten.

3.3.4 Pflege

2011 wurden in der Stadt Brandenburg 2.309 Pflegebedürftige gezählt. Damit stieg deren Zahl gegenüber 2001 um gut ein Drittel. Dieser Trend setzt sich fort. Den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen offeriert der Pflegemarkt ein qualifiziertes Angebot. Hierzu zählen Einrichtungen der häuslichen Alten- und Krankenpflege, der Tages- und Kurzzeitpflege, der vollstationären Dauerpflege und der gerontopsychiatrischen Pflege für Demente.

Häusliche Pflege und ambulante Hilfen sollten Vorrang vor stationärer Pflege. Um den Bedarf an häuslicher und ambulanter Pflege zukünftig professionell zu decken, ist eine **gute Ausbildung der Pflegekräfte** erforderlich. Damit junge Leute bereit sind, den Pflegeberuf zu erlernen, muss dessen Attraktivität verbessert werden. Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Pflegekräfte sind so zu gestaltet, dass die qualifizierten Pflegekräfte ihrem Beruf treu und der Stadt erhalten bleiben.

Auch **die pflegenden Angehörige und ehrenamtlich Tätigen brauchen eine qualifizierende Unterstützung und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung**. Sowohl die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, als auch eine Zurückstellung bei der Arbeitsvermittlung muss möglich sein.

Anhand der Erkenntnisse der örtlichen Beratungsstellen, der Krankenhausentlassdaten und der Befragung von Fachleuten sollte **der Demografiebericht über die Entwicklung des örtlichen Pflegemarktes informieren**.

4. Strukturelle Maßnahmen

4.1 Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe

Kommunale Seniorenpolitik hat die Aufgabe, für die ältere Bevölkerung Versorgungsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten vorausschauend bereitzustellen und soziale Ungleichheit abzumildern. Sie muss im Rathaus zur Querschnittsaufgabe werden. Daher sollte die **Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin** die Umsetzung des „Rahmenplans für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik“ koordinieren und bei der Erstellung des Demografieberichts federführend sein. Sie fördert das Zusammenwirken der Stadtverwaltung mit den freien und privaten Trägern der Seniorenwirtschaft und ist Anlaufpunkt für die Initiativen, Organisationen und Verbände der Seniorinnen und Senioren.

4.2 Demografiebericht

Zur Planung und flexiblen Steuerung auch von seniorenbezogenen Aktivitäten ist alle drei Jahre ein Demografiebericht mit folgenden Kapiteln zu erstellen:

- Demografische Entwicklung
- Soziales und gesellschaftliches Engagement
- Wohnen
- Freizeit und Sport
- Gesundheitliche Versorgung und Pflege
- Auflistung der sozialen und medizinischen Einrichtungen und Dienste.

Der Demografiebericht basiert auf der Auswertung schon vorhandener Daten und Analysen sowie auf Befragungen der wichtigsten Akteure. An seiner Erstellung beteiligen sich alle Bereiche der Verwaltung, aber auch Fachleute der Seniorenarbeit und -wirtschaft sowie der Seniorenbeirat der Stadt. Der Demografiebericht regt den fachlichen Diskurs an und wird bei den städtischen Planungen berücksichtigt. Die Maßnahmeplanung und Bilanzen werden der SVV Brandenburg und ihren Ausschüssen sowie den Beiräten der SVV vorgelegt.

4.3 Städtischer Pflegestützpunkt

Die Differenziertheit der Lebenslagen älterer Menschen und die Vielfalt der Angebote erfordern eine eingehende bedarfsgeheure und umfassende Beratung. Dem dient der „Städtischen Pflegestützpunkt“, in dem er

- informiert, berät, vermittelt und hierfür erforderlichenfalls Hausbesuche durchführt,
- mit den öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Trägern sowie mit dem Seniorenbeirat kooperiert,
- sich als trägerunabhängige Koordinierungsstelle und als Ort versteht, wo ältere Menschen auch Beschwerden artikulieren können,
- als Lotse zu weitergehenden Hilfeeinrichtungen dient,
- vierteljährlich eine Übersicht über die Hilfsangebote für Seniorinnen und Senioren herausgibt.

Er hat öffentliche Sprechstunden und bedient zusätzlich ein **Seniorentelefon** für Ratsuchende. Dies wäre für ältere Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, eine große Hilfe.

4.4 Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg

Die zukunftsorientierte Ausrichtung der Seniorenpolitik in der Stadt Brandenburg muss unter Mitwirkung der Akteure geschehen, die näher an den Problemen und Entwicklungen dran sind als Politik und Verwaltung. Auch diesem Zweck dient der Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg. Er ist die **unabhängige Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren**.

Zur Abstimmung der Seniorenpolitik und um Synergien zu erzeugen organisiert der Seniorenbeirat mit den zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung und den Trägern der Sozialarbeit „**Runde Tische**“. Er unterstützt die Interessen der Seniorenverbände und -organisationen bei der Partizipation und bei allen dem Wohle der älteren Menschen dienenden Initiativen.

4.6 Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen

Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger dürfen die Erfordernisse, die mit dem demografischen Wandel auf uns zukommen, nicht als Last betrachten, sondern als Chance begreifen. Gelingt dies, dann wird sie verstärkt durch ein generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement unterstützt, sodass wir stolz sagen können: „**Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen**.“